

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

PLENARSITZUNG VOM 08. – 11.02.2010 IN STRAßBURG: NEUE KOMMISSION GEWÄHLT; SWIFT-ABKOMMEN ABGELEHNT; NEUE KLIMASCHUTZDIPLOMATIE; KROATIEN AUF GUTEM WEG, KAUM FORTSCHRITTE IN DER TÜRKEI

Das Europäische Parlament hat am 09.02.2010 in Straßburg die neue „Barroso II“ Kommission mit einer großen Mehrheit von 488 Stimmen bei 137 Ablehnungen und 72 Enthaltungen gewählt. Zuvor hatte die bulgarische Ersatzkandidatin *Kristalina Georgiewa* die letzte Anhörung am 03.02.2010 erfolgreich abgeschlossen. Vor der Wahl hatte das Plenum zunächst eine Resolution über eine Rahmenvereinbarung mit der Kommission verabschiedet, die dem EP mehr Rechte, insbesondere ein sog. indirektes Initiativrecht, sichern soll. Nach kontroversen Diskussionen im Vorfeld lehnte das EP das SWIFT-Interimsabkommen zur Übertragung von Bankdaten an die USA wegen Bedenken hinsichtlich Datenschutz, Verhältnismäßigkeit und Gegenseitigkeit ab. Damit muss das Abkommen außer Kraft gesetzt werden. Weiter befassten sich die Abgeordneten mit den Ergebnissen des Kopenhagener Klimagipfels und forderten eine neue „Klimaschutzdiplomatie“. Bei der Beurteilung der Beitrittsverhandlungen mahnten sie weitere Reformfortschritte in der Türkei an, forderten wegen der positiven Fortschritte den Abschluss der Verhandlungen mit Kroatien 2010 und empfahlen die baldige Aufnahme von Verhandlungen mit Mazedonien (FYROM). Zudem verabschiedete das Plenum Resolutionen zu Haiti, dem Iran und dem Jemen und debattierte die Verlegung von Guantanamo-Häftlingen. Außerdem diskutierten die Abgeordneten über den Einsatz von Ganzkörperscannern auf Flughäfen. In der Kohäsionspolitik stimmte das EP in 1. Lesung der Förderung von Wohnungsbauvorhaben für arme Bevölkerungsgruppen zu. Weiter stimmte das EP über den Gleichstellungsbericht 2009 ab (s. auch die Berichte aus den Ressorts).

Weitere Informationen zur Plenartagung unter:

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/default_de.htm

Weitere Informationen zur Wahl und Zusammensetzung der Kommission:

[Anhörungen der designierten Kommissare - Dokumente, Verfahren, Hintergrund](#)



[Evaluierungsschreiben der parlamentarischen Ausschüsse](#)

[Wiederwahl von José Manuel Barroso zum Kommissionspräsident](#)

Weitere Informationen zur Rahmenvereinbarung und den Text der Resolution unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?language=DE&type=TA&reference=20100209&secondRef=TOC>

[Hintergrundinformationen zur Rahmenvereinbarung](#) (in Englisch)

[Derzeitige Rahmenvereinbarung](#) aus dem Jahr 2005

AUSSCHUSS DER REGIONEN: MERCEDES BRESSO ALS ERSTE FRAU ZUR PRÄSIDENTIN GEWÄHLT – DEUTSCHE MITGLIEDER IN FÜHRUNGSPPOSITIONEN

Die Präsidentin der Lombardei und ehemalige Abgeordnete des Europäischen Parlaments, *Mercedes Bresso* ist die erste Frau an der Spitze des AdR. Zuvor war sie von 2006 bis 2010 Vorsitzende der SPE-Fraktion im AdR. Gleichzeitig wurde *Ramon Luis Valcárel Siso* (EVP/Spanien), Präsident der spanischen Region Murcia, zum Ersten Vizepräsidenten des Ausschusses der Regionen gewählt. Zur Hälfte der Amtsperiode soll er gemäß einer Vereinbarung zwischen der SPE- und EVP-Fraktion 2012 das Amt des Präsidenten übernehmen. 24 deutsche Politiker werden in den kommenden fünf Jahren die Interessen der Länder, Städte und Gemeinden in Brüssel vertreten. Staatsrätin *Dr. Kerstin Kiessler* (SPE), Mitglied des Senats der Freien Hansestadt Bremen, wurde AdR-Vizepräsidentin. Staatssekretär *Michael Schneider* aus Sachsen-Anhalt wurde zum Vorsitzenden der EVP-Fraktion und Staatssekretär *Karl-Heinz Klär* aus Rheinland-Pfalz zum Vorsitzenden der SPE-Fraktion gewählt. MdL *Werner Jostmeier* (EVP) aus Nordrhein-Westfalen, wurde Vorsitzender der deutschen AdR-Delegation. Europaministerin *Emilia Müller* vertritt Bayern, stellvertretendes Mitglied ist MdL *Prof. Ursula Männle*.

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

EUROPÄISCHES PARLAMENT LEHNT SWIFT-INTERIMSABKOMMEN AB

Das Europäische Parlament hat am 11.02.2010 das Interimsabkommen EU-USA zur Weitergabe von Daten über Finanztransaktionen zur Terrorismusbekämpfung, das der Rat Justiz und Inneres am 30.11.2009 gebilligt hatte, mit 378:196 Stimmen bei 31 Enthaltungen abgelehnt. Zu einer vorläufigen Anwen-



zung des Abkommens dürfe es daher nicht kommen.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/019-68675-039-02-07-902-20100209IPR68674-08-02-2010-2010-false/default_de.htm

REDING KÜNDIGT ÜBERARBEITUNG DER EU-DATENSCHUTZRICHTLINIE AN –KONSULTATION ZU ALLGEMEINEM DATENSCHUTZABKOMMEN MIT DEN USA

Justizkommissarin *Reding* hat einen Vorschlag zur Überarbeitung der EU-Datenschutzrichtlinie angekündigt. Sie müsse an neue technologische Herausforderungen angepasst werde. *Reding* äußerte sich kritisch zur möglichen Einführung von Körperscannern an Flughäfen und zum SWIFT-Abkommen mit den USA. Die Kommission hat zudem eine öffentliche Konsultation über künftige Abkommen EU-USA zu Datenschutz und Informationsaustausch eingeleitet und neue Standardvertragsklauseln für Unternehmer, die personenbezogene Daten außerhalb der EU verarbeiten lassen, vorgelegt.

Rede *Reding*:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/63&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/16&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Konsultation zum Datenschutzabkommen EU/USA:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/133&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/justice_home/news/consulting_public/news_consulting_0005_en.htm

Neue Standardvertragsklauseln:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/130&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/30&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

ERDBEBEN IN HAITI RÜCKT KATASTROPHENSCHUTZ IN DEN MITTELPUNKT DER ANHÖRUNG VON KOMMISSARIN GEORGIEWA – EP FÖRDERT EU-TRUPPE

Kristalina Georgiewa (Bulgarien), die inzwischen ihr Amt als Kommissarin für internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenreaktion aufge-



nommen hat und auch für Katastrophenschutz zuständig ist, will analysieren, wie EU-Katastrophenhilfe effizienter und sichtbarer werden kann. Der Barnier-Bericht zeige, dass bessere Koordination und ein strukturierter Ansatz nötig seien. Die Mitgliedstaaten hätten hierzu aber unterschiedliche Ansichten, der Grundsatz der Subsidiarität sei zu respektieren. Das EP forderte die Kommission in einer Entschließung zum Erdbeben in Haiti auf, Vorschläge zur Einsetzung einer EU-Katastrophenschutztruppe vorzulegen. Am 11.02.2010 will sich der informelle Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs mit Konsequenzen aus der Situation in Haiti befassen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0015+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EUGH STÄRKT ERNEUT AUFENTHALTSRECHTE TÜRKISCHER STAATSANGEHÖRIGER IN DER EU

Der Europäische Gerichtshof hat erneut das Assoziierungsabkommen EWG-Türkei aus dem Jahr 1963 weit ausgelegt. Türkische Staatsangehörige haben auch bei nur geringfügiger Beschäftigung ein Aufenthaltsrecht in einem EU-Staat, wenn es sich um eine tatsächliche und echte Tätigkeit auf dem regulären Arbeitsmarkt handelt. Zudem können sich türkische Arbeitnehmer auch dann auf das Freizügigkeitsrecht nach dem Assoziierungsabkommen berufen, wenn der ursprüngliche Einreisezweck später entfallen ist ([C-14/09](#))

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

KOMMUNALE ANLIEGEN WICHTIGER ASPEKT BEI HEARING ZUM VERGABERECHT IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Am 27.01.2010 fand im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments eine Anhörung zum geplanten Initiativbericht „Neue Entwicklungen im öffentlichen Beschaffungswesen“, den Berichterstatterin Heide Rühle im Mai 2010 zur Abstimmung stellen möchte, statt.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

RECHTSAUSSCHUSS FÜR AUSNAHMEN BEI BILANZIERUNGSPFLICHT

Der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments stimmte am 28.01.2010 dafür, Kleinunternehmen vom Anwendungsbereich der Vierten Richtlinie (78/660/EWG) über den Jahresabschluss auszunehmen.



Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

EU-KOMMISSION: EMPFEHLUNGEN IM DEFIZITVERFAHREN GEGEN GRIECHENLAND

Am 03.02.2010 hat die EU-Kommission dem Rat ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Haushaltslage und der wirtschaftlichen Situation in Griechenland vorgeschlagen. Es soll sichergestellt werden, dass das griechische Haushaltsdefizit bis 2012 auf unter 3% des BIP abgesenkt wird. Zum Maßnahmenpaket gehören eine Empfehlung für eine Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Griechenlands für 2010 bis 2013, die Inverzugsetzung Griechenlands im Defizitverfahren, die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens wegen unzuverlässiger Haushaltsstatistiken und eine Verwarnung wegen drohender Gefährdung des ordnungsgemäßen Funktionierens der Währungsunion.

http://ec.europa.eu/economy_finance/sgp/pdf/30_edps/104-09_commission/2010-02-03_el_126-9_commission_en.pdf

INFORMELLE TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES AM 11.02.2010

Die Staats- und Regierungschefs haben sich am 11.02.2010 bei ihrem informellen Treffen im Kern mit zwei Themen beschäftigt. Angesichts der aktuellen Diskussionen über die Haushaltslage in Griechenland war es ein zentrales Anliegen der Staats- und Regierungschefs, eine politische Botschaft zu senden. In der abgegebenen gemeinsamen Erklärung betonten sie die Verantwortung der griechischen Regierung, die nötigen Maßnahmen zur Sanierung des Haushalts zu treffen. Griechenland wird bei der Umsetzung der notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen politisch unterstützt, Aussagen über eine finanzielle Unterstützung sind aber nicht enthalten. Presseberichte, es werde ein Hilfspaket für Griechenland geschnürt, haben sich damit - zumindest zunächst - nicht bestätigt.

Weiteres zentrales Thema war die Entwicklung der EU-Strategie 2020 (Lissabon-Nachfolgestrategie). Der Europäische Rat wolle eine führende Rolle bei der Entwicklung und vor allem bei Umsetzung der EU-Strategie 2020 einnehmen. Erforderlich sei die Konzentration auf wenige – messbare und überwachbare – Kernziele. Der unterschiedlichen Situation der einzelnen Mitgliedstaaten müsse dabei Rechnung getragen werden. Notwendig sei eine kontinuierliche Kontrolle und Bewertung der erreichten Fortschritte bei der Realisierung der Ziele der neuen Strategie. Der Präsident des Europäischen



Rates strebt an, künftig möglichst monatliche Treffen der Staats- und Regierungschefs zu organisieren.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/112856.pdf

TREFFEN DER G 7-FINANZMINISTER AM 05./06.02.2010 IN IQALUIT/ KANADA

Die Finanzminister und Zentralbankdirektoren der sieben bedeutendsten Industrieländer haben bei ihrem informellen Treffen am 05./06.02.2010 im kanadischen Iqaluit aktuelle Fragestellungen im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise diskutiert. Besprochen wurden u. a. die Regulierung des Finanzsektors, die Frage der angemessenen Kapitalausstattung der Bankinstitute, die Ausstiegstrategien aus den staatlichen Unterstützungsmaßnahmen und die nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. Einigkeit bestand, dass ein Weg gefunden werden muss, die Finanzmärkte an den Folgekosten der Krise zu beteiligen. Konkrete Festlegungen über das Modell (Finanztransaktionssteuer oder Abgabe für Finanzinstitute) wurden aber noch nicht getroffen.

<http://www.g7.gc.ca/news-nouvelles-eng.html>

DEFIZITVERFAHREN GEGEN POLEN UND RUMÄNIEN

Die EU-Kommission hat am 03.02.2010 die von Polen und am 08.02.2010 die von Rumänien unternommenen Anstrengungen zur Reduzierung ihrer Haushaltsdefizite bewertet. Polen hat aus Sicht der Kommission entsprechend der vom Rat gesetzten Frist Maßnahmen zur Korrektur seines Defizits ergriffen. Weitere Schritte, bzw. Änderungen im Defizitverfahren, hält die Kommission derzeit nicht für notwendig. Ohne weitere umfangreiche Konsolidierungsmaßnahmen besteht aus Sicht der Kommission aber die Gefahr, dass es Polen nicht gelingt, sein Defizit entsprechend der vom Rat gesetzten Frist bis 2012 auf unter 3 % des BIP zu reduzieren. Rumänien hat aus Sicht der Kommission effektive Maßnahmen zur Reduzierung seines Defizits ergriffen. Da die Rezession in Rumänien im Jahr 2009 aber unerwartet stark ausfiel, empfiehlt die Kommission dem Rat, die Frist für Rumänien zur Reduzierung des Haushaltsdefizits um ein Jahr, bis 2012, zu verlängern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/137&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>



http://ec.europa.eu/economy_finance/sgp/pdf/30_edps/communication_to_the_council/2010-02-03_pl_communication_on_action_taken_en.pdf

ZUSTIMMUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ZUR ERNENNUNG DER EU-KOMMISSION

Das Europäische Parlament hat am 09.02.2010 seine Zustimmung zur Ernennung der Kommission als Kollegium für die Amtszeit bis 31. Oktober 2014 erteilt. Für Haushalt und Finanzplanung ist in der neuen Kommission *Janusz Lewandowski* (Polen) zuständig. *Algirdas Šemeta* (Litauen), bisher Haushaltskommissar, ist Kommissar für Steuern und Zollunion, Audit und Betrugsbekämpfung. Das Tätigkeitsfeld des Steuerkommissars wurde damit um die Bereiche Audit und Betrugsbekämpfung erweitert. Neuer Kommissar für Wirtschaft und Währung ist *Olli Rehn* (Finnland), der bisherige Währungskommissar *Joaquín Almunia* ist künftig für Wettbewerb zuständig.

http://www.europarl.europa.eu/news/public/focus_page/008-68312-039-02-07-901-20100128FCS68186-08-02-2010-2010/default_p001c002_de.htm

ENTSCHLIESSUNGEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ZU STEUERTHEMEN

Das Europäische Parlament hat am 10.02.2010 mehrere Entschlüsse in aktuellen Steuerdossiers verabschiedet. In einer EntschlieÙung zur Förderung des verantwortungsvollen Handelns im Steuerbereich werden die Mitgliedstaaten u. a. aufgefordert, die Bekämpfung von Steueroasen, Steuerhinterziehung und rechtswidriger Kapitalflucht aus den Entwicklungsländern mit Priorität anzugehen. Der Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie des Rates zur fakultativen und zeitweiligen Anwendung des Reverse-Charge-Verfahrens auf Lieferungen bestimmter betrugsanfälliger Gegenstände und Dienstleistungen, der Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und der Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf bestimmte Abgaben, Zölle, Steuern und sonstige Maßnahmen werden vom Parlament ebenfalls grundsätzlich unterstützt.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/044-68642-039-02-07-907-20100209IPR68641-08-02-2010-2010-false/default_de.htm



KOMMISSION PLANT EINRICHTUNG EINER EXPERTENGRUPPE ZU BANKFRAGEN

Die Europäische Kommission hat am 2. Februar 2010 eine Aufforderung zur Interessenbekundung zur Teilnahme an der Expertengruppe zu Bankfragen (GEBI) veröffentlicht. Interessierte können sich bis 28. Februar 2010 hierfür bewerben. Die Gruppe soll die Kommission zu Vorhaben und möglichen Gesetzesvorschlägen im Bereich der Bankenregulierung beraten. Weiter soll sie Informationen, Vorhersagen und Analysen zu den möglichen Auswirkungen von Legislativen und anderen Vorhaben im Bankbereich auf die verschiedenen Interessengruppen liefern. An der neuen Expertengruppe sollen auch Verbrauchervertreter beteiligt werden, um die Folgen für die Privatkunden sowie kleine und mittlere Unternehmen besser einschätzen zu können (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

http://ec.europa.eu/internal_market/bank/group_of_experts/index_de.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

INFORMELLER WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRAT DISKUTIERT ELEKTROMOBILITÄT

Auf seiner informellen Tagung am 8. und 9. Februar 2010 hat der Wettbewerbsfähigkeitsrat unter Vorsitz des spanischen Industrieministers vorgeschlagen, eine gemeinsame Strategie zur Entwicklung von Elektrofahrzeugen zu entwickeln und umzusetzen. Diese spanische Initiative wird auch von den Forschungsministern unterstützt. Die Minister fordern die Europäische Kommission auf, im Frühjahr eine entsprechende Mitteilung zur Elektromobilität vorzulegen, die dann auf dem Wettbewerbsfähigkeitsrat im Mai 2010 diskutiert werden soll.

AUFTAKTKONFERENZ UND KONSULTATION ZUR DONAU-STRATEGIE

Mit der Konferenz am 1. und 2. Februar 2010 in Neu-Ulm und Ulm hat die EU-Kommission den Startschuss für die öffentliche Debatte der Donau-Strategie gegeben. Bis Juni 2010 folgen nun weitere Konferenzen in Donau-Anrainerstaaten. Zur Vorbereitung der Strategie hat die Kommission zeitgleich am 2. Februar 2010 eine öffentliche Konsultation im Internet gestartet, die bis zum 31. März 2010 läuft.



http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/danube/consultation_en.htm

KOMMUNALE ANLIEGEN WICHTIGER ASPEKT BEI EP-HEARING ZUM VERGABERECHT

Am 27. Januar 2010 fand im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments eine Anhörung zum geplanten Initiativbericht „Neue Entwicklungen im öffentlichen Beschaffungswesen“, den Berichterstatterin *Heide Rühle* (GRÜNE/Baden-Württemberg) im Mai 2010 zur Abstimmung stellen möchte, statt (s. hierzu Beitrag des StMI in diesem EB).

KOMMISSION PLANT EINRICHTUNG EINER EXPERTENGRUPPE ZU BANKFRAGEN

Die Europäische Kommission hat am 2. Februar 2010 eine Aufforderung zur Interessenbekundung zur Teilnahme an der Expertengruppe zu Bankfragen (GEBI) veröffentlicht. Interessierte können sich bis 28. Februar 2010 hierfür bewerben. Die Gruppe soll die Kommission zu Vorhaben und möglichen Gesetzesvorschlägen im Bereich der Bankenregulierung beraten. Weiter soll sie Informationen, Vorhersagen und Analysen zu den möglichen Auswirkungen von Legislativen und anderen Vorhaben im Bankbereich auf die verschiedenen Interessengruppen liefern. An der neuen Expertengruppe sollen auch Verbrauchervertreter beteiligt werden, um die Folgen für die Privatkunden sowie kleine und mittlere Unternehmen, besser einschätzen zu können.

http://ec.europa.eu/internal_market/bank/group_of_experts/index_de.htm

ALLIANZ DER WIRTSCHAFTSSTARKEN REGIONEN EUROPAS MIT EINEM HOHEN ANTEIL AN ENERGIEINTENSIVEN INDUSTRIEBETRIEBEN UNTERZEICHNET ZWEITE DEKLARATION ZUR WEITEREN AUSGESTALTUNG DES RECHTLICHEN RAHMENS FÜR DEN EMISSIONSHANDEL 2013 BIS 2020

Sieben der elf Mitglieder der Allianz der wirtschaftsstarken Regionen Europas mit einem hohen Anteil an energieintensiven Industriebetrieben, haben am 10. Februar 2010 in der Bayerischen Vertretung ihre zweite Deklaration zur weiteren Ausgestaltung des rechtlichen Rahmens für den Emissionshandel 2013 bis 2020 unterzeichnet. Bei der Unterzeichnung persönlich anwesend waren die bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, *Emilia Müller*, der oberösterreichische Landesrat für Wirtschaft und Europa, *Vik-tor*



Sigl, der brandenburgische Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten, *Ralf Christoffers*, der Bevollmächtigte des Landes Niedersachsen beim Bund, Staatssekretär *Wolfgang G. Gibowski*, die hessische Staatssekretärin für Europa, *Nicola Beer*, der nordrhein-westfälische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, *Dr. Jens Baganz* und der Bevollmächtigte des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, Staatssekretär *Dr. Michael Schneider*. Auch die politischen Vertreter der Länder Steiermark, Limburg, Noord-Holland und Saarland, die ebenfalls der CO₂-Allianz angehören, werden in der Folge die Deklaration unterzeichnen.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

KOMMISSION PRÄSENTIERT NEUES EU-BIO-LOGO

Die Kommission hat am 08.02.2010 das ab dem 01.07.2010 für alle verpackten Bioprodukte, die in einem Mitgliedstaat hergestellt werden und die die notwendigen Normen erfüllen, verbindlich vorgeschriebene EU-Logo präsentiert. Die Kennzeichnung für eingeführte Produkte mit dem neuen EU-Bio-Logo ist freiwillig. Neben dem neuen Bio-Logo können auch private, regionale oder nationale Logos abgebildet werden (s. EB Nr. 8/2009 und 22/2009).



http://ec.europa.eu/agriculture/organic/logo/index_de.htm

<http://www.wdr.de/mediathek/html/regional/2010/01/16/lokalzeit-koeln-neues-biosiegel.xml>

ALLE PROGRAMMÄNDERUNGEN DER MITGLIEDSTAATEN/REGIONEN GENEHMIGT

Der Ausschuss für die Entwicklung des ländlichen Raums hat die letzten Programmänderungen der Mitgliedstaaten bzw. Regionen verabschiedet. Die Änderungen sind durch die Beschlüsse im Gesundheitscheck und die Bereitstellung zusätzlicher Mittel im Konjunkturprogramm (1 Mrd. EUR) notwendig geworden. Insgesamt stehen den Mitgliedstaaten zusätzliche Mittel in Höhe von knapp 5 Mrd. EUR zur Verfügung. Die Mitgliedstaaten bzw. Regionen haben sich entschieden, den Hauptteil der Mittel in die Bereiche biologische Vielfalt



(über 31 %) und Wasserbewirtschaftung (knapp 27 %) zu investieren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/102&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

ANHÖRUNG ZU LANDWIRTSCHAFT UND KLIMAWANDEL IM EUROPÄISCHEN PAR-LAMENT

Am 27.01.2010 fand im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im Europäischen Parlament eine Anhörung zu Landwirtschaft und Klimawandel statt. Im Mittelpunkt der Diskussion standen effiziente und schnell wirk-same Klimaschutzmaßnahmen durch Produktionsweisen und Technologien, die energieeffizient sind. Die Landwirtschaft kann einen Bei-trag zum Schutz des Klimas leisten, muss sich aber gleichzeitig auf den Klimawandel ein-stellen. Es wurde zudem ein besserer Austausch zwischen den wissenschaftli-chen Erkenntnissen und der Praxis gefordert.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/032-67968-025-01-05-904-20100125IPR67967-25-01-2010-2010-false/default_de.htm

BERICHT DER KOMMISSION ZUR ENTWICKLUNG DER LANDWIRT-SCHAFTS- UND VERBRAUCHERPREISE

Die Kommission hat einen Bericht über die jüngsten Entwicklungen landwirt-schaftlicher Rohstoffe und Lebensmittelpreise in der EU veröffentlicht. Insge-samt zeigten die Preise für die wichtigsten landwirtschaftlichen Rohstoffe im Dezember 2009 ein gemischtes Bild. Während die Preise für Weichweizen, Hartweizen, Mais, Gerste, Magermilchpulver, Butter, Käse (Edamer) und Rind-fleisch anstiegen, fielen die Preise für Schweine- und Geflügelfleisch im De-zember 2009 im Vergleich zum November 2009.

http://ec.europa.eu/agriculture/analysis/markets/foodprices/index_en.htm

WEITERE LIBERALISIERUNG IM AGRARHANDEL ZWISCHEN NORWE-GEN UND DER EU

Norwegen und die EU haben nach dreijährigen Verhandlungen eine weitere Liberalisierung bei Agrarerzeugnissen vereinbart. Durch die fortschreitende Liberalisierung können rund 20 % der EU-Exporte nach Norwegen zusätzlich zollfrei geliefert werden, womit sich das zollfreie Kontingent auf 60 % erhöht. Zusätzliche Kontingente nach Norwegen wurden für den Fleischsektor, Käse, Getreide, Obst und Gemüse sowie Zierpflanzen und Blumen vereinbart.



<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/107&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

ITALIEN, LITAUEN UND UNGARN KÖNNEN BIS 15.000 EUR STAATLICHE BEIHILFEN FÜR LANDWIRTE GEWÄHREN

Um Landwirten zu helfen, die sich aufgrund der Wirtschaftskrise in Schwierigkeiten befinden, können Italien, Litauen und Ungarn den Betroffenen staatliche Beihilfen bis 15.000 EUR gewähren. Die entsprechenden Beihilferegulungen der drei Mitgliedstaaten wurden von der Europäischen Kommission nach den Regeln für staatliche Beihilfen geprüft und genehmigt. Bis zum 31.12.2010 können die Beihilfen in Form von direkten Zuschüssen gewährt werden. Eine entsprechende Beihilferegulung für Deutschland wurde bereits im November des vorigen Jahres genehmigt (siehe EB 21-2009).

Italien:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/119&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Litauen:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/118&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Ungarn:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/121&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

INFORMELLE RATSTAGUNG DER EU-MINISTER FÜR ARBEIT UND SOZIALES: VERBINDUNG VON WACHSTUMS- UND BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK

Im Mittelpunkt des informellen Treffens der europäischen Arbeits- und Sozialminister am 28. und 29. Januar 2010 in Barcelona stand ein Austausch über die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie über langfristige Strategien der Beschäftigungs- und Sozialpolitik. Die Teilnehmer wiesen dabei insbesondere auf die Bedeutung einer Verknüpfung von Wachstums- und Beschäftigungspolitik für die zukünftige EU-Strategie hin. Zur Abmilderung der Konsequenzen der Krise hoben die Mitgliedstaaten die Bedeutung von Sofortprog-



rammen hervor.

http://www.eu2010.es/export/sites/presidencia/comun/descargas/agenda/RIME_mpleoBarcelona/en_Convocatoria_RIM_Barcelona_y_programa_prensa.pdf

GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN: EP FORDERT MASSNAHMEN ZUR BESEITIGUNG DES LOHNGEFÄLLES SOWIE ZUM VATERSCHAFTSURLAUB

Das Europäische Parlament hat am 10. Februar 2010 einen (nicht-legislativen) Initiativbericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern mit 381:253:31 Stimmen angenommen. Die Abgeordneten fordern die Kommission darin u.a. auf, einen Vorschlag für eine umfassende Richtlinie zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, einschließlich des Frauenhandels, auszuarbeiten. Zudem sprach sich die Mehrheit des EP für eine Überarbeitung der EU-Gesetzgebung zum gleichen Entgelt für alle und die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs auf europäischer Ebene aus.

<http://www.europarl.europa.eu/activities/plenary/ta.do?language=DE>

EU-KOMMISSION: VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN WEGEN SOZIALVERSICHERUNGSANSPRÜCHEN VON WANDERARBEITNEHMERN MIT BEHINDERUNG

Die EU-Kommission hat am 28. Januar 2010 mitgeteilt, Klage gegen Deutschland beim Europäischen Gerichtshof zu erheben wegen der Anwendung der sog. Wanderarbeitnehmerverordnung (1408/71) in Bezug auf Menschen mit Behinderung. Das Vertragsverletzungsverfahren begründet sich auf Bestimmungen, nach denen blinde, gehörlose oder Menschen mit einer anderweitigen Behinderung Sozialleistungen nicht in Anspruch nehmen können, wenn sie in Deutschland arbeiten, jedoch im Ausland wohnen. In allen Bundesländern sieht die Gesetzgebung das Erfordernis des Wohnortes oder gewöhnlichen Aufenthalts für die Inanspruchnahme von Sozialleistungen vor. Nach Auffassung der Kommission stellt dieses Erfordernis eine Diskriminierung von Wanderarbeitnehmern, Grenzgängern sowie deren Familienangehörigen dar. Von dem angekündigten Vertragsverletzungsverfahren sind bestimmte Sozialleistungen der Länder für Menschen mit Behinderung betroffen, in Bayern das Landesblindengeld. Nach der neuen Verordnung (883/2004), die zum 1. Mai 2010 in Kraft treten soll, unterliegt künftig das Landesblindengeld dem Grundsatz der Exportierbarkeit.



<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/89&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

NEUE KOMPETENZEN FÜR NEUE BESCHÄFTIGUNG: KOMMISSION STELLT EXPERTENBERICHT ALS BEITRAG FÜR „EU 2020“-STRATEGIE VOR

Als Beitrag für die zukünftige „EU 2020“-Strategie hat die EU-Kommission am 4. Februar 2010 auf einer hochrangigen Konferenz in Brüssel einen Expertenbericht zum Thema „New Skills for New Jobs“ („Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen“) vorgestellt. Der Bericht fordert zu sofortigen Maßnahmen auf, um Kompetenzdefizite in Europa zu beseitigen und die Erfolgchancen der Europäer auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=697&furtherNews=yes>

EU-KOMMISSION: BERICHT ZUM SCHUTZ MINDERJÄHRIGER IN SOZIALEN ONLINENETZWERKEN

Die EU-Kommission hat am „Tag des sicheren Internets“ am 9. Februar 2010 einen Fortschrittsbericht zum Thema Kinder und Jugendliche in sozialen Netzwerken veröffentlicht. Demnach haben viele Anbieter sozialer Netzwerke die Sicherheit für Jugendliche erhöht, seitdem sie vor einem Jahr mit der Kommission ein freiwilliges Abkommen über den Schutz Minderjähriger im Internet geschlossen hatten. Nach Ansicht der Kommission muss aber angesichts dessen, dass rund 50 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Europa persönliche und in der Regel von jedermann einsehbare Informationen bei sozialen Netzwerken online stellen, noch mehr zu ihrem Schutz getan werden (s. auch Beitrag aus dem Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik).

http://ec.europa.eu/news/science/100209_1_de.htm

EUGH: STÄRKUNG VON AUFENTHALTSRECHTEN TÜRKISCHER STAATSANGEHÖRIGER IN DER EU

Der Europäische Gerichtshof hat erneut das Assoziierungsabkommen EWG-Türkei aus dem Jahr 1963 weit ausgelegt. Türkische Staatsangehörige haben auch bei nur geringfügiger Beschäftigung ein Aufenthaltsrecht in einem EU-Staat, wenn es sich um eine tatsächliche und echte Tätigkeit auf dem regulären Arbeitsmarkt handelt. Zudem können sich türkische Arbeitnehmer auch



dann auf das Freizügigkeitsrecht nach dem Assoziierungsabkommen berufen, wenn der ursprüngliche Einreisezweck später entfallen ist (C-14/09) (s. auch Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMI).

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

„NEUE KOMPETENZEN FÜR NEUE BESCHÄFTIGUNGEN“: KOMMISSION STELLT AUF KONFERENZ EXPERTENBERICHT ALS BEITRAG FÜR EU 2020-STRATEGIE VOR

Als Beitrag für die zukünftige EU 2020-Strategie stellte die Kommission am 04.02.2010 auf einer hochrangigen Konferenz einen Expertenbericht zum Thema „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen“ vor. Der Bericht fordert zu sofortigen Maßnahmen auf, um Kompetenzdefizite in Europa zu beseitigen, und schlägt zu diesem Zweck ein Aktionsprogramm mit verschiedenen Handlungsempfehlungen vor. Bis zum Jahr 2020 sei mit ca. 80 Mio. Beschäftigungsmöglichkeiten zu rechnen, von denen beinahe 7 Mio. neu entstehen und überwiegend den Einsatz hochqualifizierter Arbeitskräfte erforderlich machen werden. Auf der Konferenz setzte sich Vladimír Špidla, der bisherige EU-Kommissar für Beschäftigung, dafür ein, in der neuen EU 2020-Strategie einen stärkeren Akzent auf Bildung und Beschäftigung zu legen. Verschiedene Experten betonten die Schwierigkeit, die neuen Beschäftigungen und dementsprechend auch die neuen Kompetenzen korrekt und präzise vorherzusagen.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=697&furtherNews=yes>

AUSSCHUSS DER REGIONEN VERABSCHIEDET AUF PLENARTAGUNG MEHRERE STELLUNGNAHMEN ZUR JUGEND- UND BILDUNGSPOLITIK

Im Mittelpunkt der Debatte, die auf der Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 10.02.2010 stattfand, stand die Frage, wie junge Menschen in die Lage versetzt werden können, die Möglichkeiten zu nutzen, die Europa ihnen eröffnet. In diesem Zusammenhang wurden Stellungnahmen zur Strategie „Investitionen in die Jugend“, zum Abbau des Analphabetismus und zum Grünbuch „Die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern“ verabschiedet. *Prof. Ursula Männle* (EVP), Mitglied des Bayerischen Landtags und Berichterstatterin der Stellungnahme zum Grünbuch Mobilität, wies auf den



wichtigen Beitrag hin, den die Förderung der Mobilität für den Lissabon-Prozess leisten könne. In ihrem Stellungnahmeentwurf, der vom Plenum einstimmig angenommen wurde, hob sie hervor, dass ein Auslandsaufenthalt maßgeblich dazu beitrage, die persönliche Entwicklung voranzubringen, Zugang zu neuem Wissen zu erhalten, Sprachkenntnisse zu erweitern, interkulturelle Kompetenzen zu erwerben und die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu steigern.

<http://www.cor.europa.eu/pages/PressTemplate.aspx?view=detail&id=3ef68ea0-cb37-43e3-b666-6f9cdb4a64da>

EU-STUDIE EMPFIEHLT, HOLOCAUST UND MENSCHENRECHTE IM SCHULUNTERRICHT STÄRKER MITEINANDER ZU VERKNÜPFEN

Schulen sollten eine klarere Verbindung zwischen dem Holocaust und aktuellen Menschenrechtsfragen herstellen. Zu diesem Schluss gelangt eine Studie der Grundrechteagentur der Europäischen Union (FRA), die anlässlich des internationalen Holocaust-Gedenktags am 27.01.2010 veröffentlicht wurde.

http://fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/Memo-Discover-the-Past-for-the-Future_de.pdf

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT PUBLIKATION ZUR MESSUNG VON KREATIVITÄT

Auf der Grundlage einer internationalen Konferenz, die im Rahmen des Europäischen Jahrs der Kreativität und Innovation im Mai 2009 unter dem Titel „Ist Kreativität messbar?“ stattfand, stellt die Europäische Kommission nun in einer neuen Veröffentlichung Ansätze vor, Kreativität und Innovation nicht nur individuell, sondern auch gesamtstaatlich zu messen.

http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc2082_en.htm

DEUTSCHE SETZEN LAUT EUROBAROMETER-UMFRAGE AUF BILDUNG UND FORSCHUNG GEGEN DIE WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE

Laut der jüngsten Eurobarometer-Umfrage erwarten die Deutschen deutlich stärker als der EU-Durchschnitt von der EU Investitionen in Bildung, Ausbildung und Forschung, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Gleichzeitig sind aber 54 % der Deutschen der Auffassung, dass Bildung und Ausbildung nationaler Entscheidung vorbehalten sein sollten.

http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/eb72_executive_summary_germ



[an_version.pdf](#)

http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/eb72_national_report_germany.pdf

E-TWINNING: FÜNFTER JAHRESTAG DER EINFÜHRUNG VON ONLINE-SCHUL-PARTNERSCHAFTEN

Anlässlich des fünfjährigen Jubiläums von eTwinning zogen Vertreter nationaler und europäischer Einrichtungen eine positive Bilanz des Programms. Mehr als 85.000 Lehrkräfte aus ganz Europa arbeiten im Rahmen von eTwinning gemeinsam an grenzüberschreitenden Schulaktivitäten, an denen sich über 50.000 Schulen in 32 europäischen Staaten beteiligen.

<http://www.etwinning.net/de/pub/index.htm>

POSITIONSPAPIER DER OLYMPISCHEN SPORTBEWEGUNG ZU DEN NEUEN SPORTBESTIMMUNGEN IM VERTRAG VON LISSABON

Unter Federführung des Internationalen Olympischen Komitees haben internationale Dachsportverbände ein Positionspapier zur Interpretation der neuen Regelungen zum Sportbereich im Vertrag von Lissabon erarbeitet. Den Schwerpunkt des Positionspapiers bildet die Betonung des spezifischen Charakters des Sports.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG ALS QUELLEN DES WIRTSCHAFTSAUFSCHWUNGS

Cristina Garmendia, die spanische Ministerin für Wissenschaft und Innovation, setzt in Ihrer Rede vor dem Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments am 28.01.2010 auf Forschung und Entwicklung für den Wirtschaftsaufschwung, als Mittel gegen die soziale Ausgrenzung und Armut, zur Bekämpfung des Klimawandels, zur Lösung einer nachhaltigen Energieversorgung und zur Verbesserung des Gesundheitswesens. Im Hinblick auf das 2014 startende 8. EU-Forschungsrahmenprogramm forderte Frau *Garmendia* den Abbau von bürokratischen Hindernissen und die Förderung der Forschermobilität zwischen den Mitgliedstaaten und den unterschiedlichen Forschungsakteuren untereinander. Konkret empfahl sie einen Abbau der Kontrolldichte im Bereich der Vergabe- und des Projektbeginns und im Gegenzug eine stärkere Überwachung zum Abschluss eines geförderten Projekts.



http://eu2010.es/en/documentos/noticias/noticias/ene_28GarmendiaenPE.html?calYear=2010&calMonth=0

CLEAN SKY VERÖFFENTLICHT 3. AUSSCHREIBUNG

Die Joint Technology Initiative Clean Sky lobt ein Forschungsbudget von 18,8 Mio. Euro für Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Luftfahrtindustrie und zur Reduzierung der Schadstoffemissionen aus. Bis zum 27.04.2010 können Anträge auf Fördermittel zu 45 verschiedenen Themen gestellt werden.

http://cordis.europa.eu/fp7/dc/index.cfm?fuseaction=UserSite.FP7DetailsCallPage&call_id=302

EUROPEAN UNIVERSITY ASSOCIATION BEWERTET HOCHSCHULRANKINGS

Ab 2011 wird die European University Association (EUA), der größte Verband europäischer Hochschulen, einen jährlichen Bericht über die weltweiten Hochschulrankings veröffentlichen. Darin soll ein Überblick über die bestehenden Rankings enthalten sein, die wichtigsten Listen sollen analysiert und kommentiert werden. Dieses Vorhaben der EUA ist vor dem Hintergrund des von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen Konzepts für ein neuartiges Hochschulranking zu sehen, das in Kürze an 150 Hochschulen aus Europa, USA und Asien einem Praxistest unterzogen werden soll.

<http://www.eua.be/eua-news/view-item/article/1004/>

INFORMELLE KULTURAUSSCHUSSSITZUNG AM 04./05.02.2010 IN ZARAGOZA

Im Mittelpunkt der informellen Kulturausschusssitzung am 04. und 05.02.2010 in Zaragoza stand die Präsentation der Studie des Centers for Strategy and Evaluation Services zur Rolle der Kultur zur regionalen und lokalen Entwicklung, fokussiert auf die Auswirkungen von Strukturfondsmitteln, die im Kulturbereich eingesetzt wurden. Im Bericht heißt es, dass bislang die Bedeutung und die positiven Auswirkungen der Kultur von EU und Mitgliedstaaten unterschätzt worden seien. In der Vergangenheit seien die Mittel der Strukturfonds vor allem zur Förderung des Tourismus und zur Stärkung der Regionen eingesetzt worden. Kulturelle Projekte könnten aber mehr qualitative Arbeitsplätze erzeugen. So schlussfolgert die Studie, dass die Mittelverteilung nicht effizient



gewesen sei.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

PLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 08. - 11.02.2010; ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH UMWELT UND GESUNDHEIT

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) hat auf seiner Tagung vom 08. bis 11.02.2010 in Straßburg u. a. Entschlüsse zu den Ergebnissen des UN-Klimagipfels in Kopenhagen sowie zu den strategischen EU-Zielen für den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen getroffen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0019+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+20100210+ITEMS+DOC+XML+V0//DE&language=DE#sdocta12>

ALLIANZ DER WIRTSCHAFTSSTARKEN REGIONEN EUROPAS MIT EINEM HOHEN ANTEIL AN ENERGIEINTENSIVEN INDUSTRIEBETRIEBEN UNTERZEICHNET ZWEITE DEKLARATION ZUR WEITEREN AUSGESTALTUNG DES RECHTLICHEN RAHMENS FÜR DEN EMISSIONSHANDEL 2013 BIS 2020

Sieben der elf Mitglieder der Allianz der wirtschaftsstarken Regionen Europas mit einem hohen Anteil an energieintensiven Industriebetrieben, haben am 10. Februar 2010 in der Bayerischen Vertretung ihre zweite Deklaration zur weiteren Ausgestaltung des rechtlichen Rahmens für den Emissionshandel 2013 bis 2020 unterzeichnet. Bei der Unterzeichnung persönlich anwesend waren die bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Emilia Müller, der oberösterreichische Landesrat für Wirtschaft und Europa, *Viktor Sigl*, der brandenburgische Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten, *Ralf Christoffers*, der Bevollmächtigte des Landes Niedersachsen beim Bund, Staatssekretär *Wolfgang G. Gibowski*, die hessische Staatssekretärin für Europa, *Nicola Beer*, der nordrhein-westfälische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, *Dr. Jens Baganz* und der Bevollmächtigte des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, Staatssekretär *Dr. Michael Schneider*. Auch die politischen Vertreter der Länder Steiermark, Limburg, Noord-Holland und Saarland, die



ebenfalls der CO2-Allianz angehören, werden in der Folge die Deklaration unterzeichnen (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

KOMMISSION SCHLÄGT GRÜNDUNG EINER EU-ABFALLAGENTUR SOWIE EINER EU-UMWELTINSPEKTIONSBEHÖRDE VOR

Am 01.02.2010 hat die Kommission zwei Studien zur Durch- und Umsetzung des europäischen Abfallrechts veröffentlicht. Dabei schlägt die Kommission u.a. die Einrichtung einer "EU-Abfallagentur" sowie einer "EU-Umweltinspektionsbehörde" vor, die bei gravierenden Verstößen direkte Inspektionen und Kontrollen von Einrichtungen und Anlagen durch EU-Inspektoren vornehmen würde. Die entsprechenden Inspektionsberichte würden an die Mitgliedstaaten und die Kommission ergehen, bzw. im Internet allgemein veröffentlicht werden. Die Kommission beabsichtigt, in diesem Jahr eine entsprechende Kosten-Nutzen-Analyse durchzuführen und 2011 weitere Schritte vorzuschlagen.

Studie zur Einrichtung einer EU-Abfallagentur:

http://ec.europa.eu/environment/waste/pdf/report_waste_dec09.pdf

Hintergrundinformationen zur Abfallwirtschaft:

<http://ec.europa.eu/environment/waste/index.htm>

IMPEL-Studie:

http://ec.europa.eu/environment/waste/pdf/impel_report_09.pdf

AUFTAKTKONFERENZ UND KONSULTATION ZUR DONAU-STRATEGIE

Mit der Konferenz am 1. und 2. Februar 2010 in Neu-Ulm und Ulm hat die EU-Kommission den Startschuss für die öffentliche Debatte der Donau-Strategie gegeben. Bis Juni 2010 folgen nun weitere Konferenzen in Donau-Anrainerstaaten. Zur Vorbereitung der Strategie hat die Kommission zeitgleich am 2. Februar 2010 eine öffentliche Konsultation im Internet gestartet, die bis zum 31. März 2010 läuft (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/danube/consultation_en.htm

NÜRNBERG BEWIRBT SICH UM TITEL „GRÜNE HAUPTSTADT EUROPAS“

Am 01.02.2010 endete die Bewerbungsfrist für den Titel „Grüne Hauptstadt Europas“ für die Jahre 2012 und 2013. Der Titel wurde im Jahre 2006 aus



einer Initiative von Städten mit einer „grünen Vision“ konzipiert, um besonders umweltgerechte und nachhaltige Stadtplanung auszuzeichnen und am 23.02.2009 zum ersten Mal verliehen. Unter 17 Städten (u. a. Antwerpen, Barcelona, Budapest, Sevilla) hat sich Nürnberg als einziger deutscher Teilnehmer beworben.

http://ec.europa.eu/environment/europeangreencapital/press_submenu/10020_2_applicants_2012_2013.html

EU-PILOTPROJEKT ZUR AUSBILDUNG VON PFLEGEBERUFEN

Als eine der ersten Folgemaßnahmen zum „Grünbuch über Arbeitskräfte des Gesundheitswesens“ hat die Kommission ein Pilotprojekt zur Ausbildung und Regelung von Pflegeberufen ausgeschrieben mit dem Ziel, durch einen Erfahrungsaustausch in einem europäischen Netzwerk Verbesserungen in der Ausbildung, u. a. von Krankenpflegern und Krankenschwestern, zu erreichen. Insgesamt stellt die Kommission € 400.000 an Fördermitteln zur Verfügung. Die Projektaktivitäten sollen im vierten Quartal 2010 beginnen und sich über einen Zeitraum von drei Jahren erstrecken. Anträge können bis zum 31.03.2010 bei SANCO-health-workforce@ec.europa.eu eingereicht werden.

http://ec.europa.eu/health/workforce/green_paper/index_en.htm

KOMMISSION PRÄSENTIERT NEUES EU-BIO-LOGO

Die Kommission hat am 08.02.2010 das ab dem 01.07.2010 für alle verpackten Bioprodukte, die in einem Mitgliedstaat hergestellt werden und die die notwendigen Normen erfüllen, verbindlich vorgeschriebene EU-Logo präsentiert. Die Kennzeichnung für eingeführte Produkte mit dem neuen EU-Bio-Logo ist freiwillig. Neben dem neuen Bio-Logo können auch private, regionale oder nationale Logos abgebildet werden (s. EB Nr. 8/2009 und 22/2009 sowie den Beitrag des StMELF in diesem EB).

http://ec.europa.eu/agriculture/organic/logo/index_de.htm

<http://www.wdr.de/mediathek/html/regional/2010/01/16/lokalzeit-koeln-neues-biosiegel.xml>



Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

NEUE REGULIERUNGSBEHÖRDE FÜR ELEKTRONISCHE KOMMUNIKATION EINGERICHTET

Das „Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation“ (GEREK) hat am 28. Januar 2010 in Brüssel seine Arbeit aufgenommen und löst damit die bisherige „Gruppe europäischer Regulierungsstellen“ ab. Dieser Schritt erfolgte auf Grundlage der im Dezember 2009 von Ministerrat und Europäischem Parlament verabschiedeten und bis Juni 2011 in nationales Recht umzusetzenden EU-Telekommunikationsregelungen. GEREK setzt sich zusammen aus den nationalen Regulierungsbehörden der 27 EU-Mitgliedsstaaten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/62&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

KOMMISSION STELLT BERICHT ZUM SCHUTZ MINDERJÄHRIGER IN SOZIALEN ONLINENETZWERKEN VOR

Die Kommission hat am „Tag des sicheren Internets“ am 09.02.2010 einen Fortschrittsbericht zum Thema Kinder und Jugendliche in sozialen Netzwerken veröffentlicht. Demnach haben viele Anbieter sozialer Netzwerke die Sicherheit für Jugendliche erhöht, seitdem sie vor einem Jahr mit der Kommission ein freiwilliges Abkommen über den Schutz Minderjähriger im Internet geschlossen hatten. Nach Ansicht der Kommission muss aber angesichts dessen, dass rund 50 % der Kinder und Jugendlichen in Europa persönliche und in der Regel von jedermann einsehbare Informationen bei sozialen Netzwerken online stellen, noch mehr zu ihrem Schutz getan werden.

http://ec.europa.eu/news/science/100209_1_de.htm

http://ec.europa.eu/information_society/newsroom/cf/itemdetail.cfm?item_id=5565

<http://www.saferinternet.org/web/guest/safer-internet-day>

<http://youtube.com/user/eutube?blend=1&ob=4&rclk=cti#p/a/u/2/EhMV609a2J>

[o](#)

KOMMISSION GEHT GEGEN AUSSPÄHVERSUCHE VON EU-EMISSIONSHANDELSYSTEM-KONTEN VOR

Infolge eines kriminellen Zugriffs auf die Datenbank des EU-Emissionshandelssystems (EU-EHS) am 28.01.2010 beabsichtigt die



Kommission eine Überarbeitung der Leitlinien zur Internetsicherheit. Über gefälschte E-Mails, sog. „Phishingmails“, sollten die Passwörter und Zugangsdaten des EHS-Registers ausgespäht werden.

DIE SPANISCHE KULTURMINISTERIN TRITT VOR DEM EU-PARLAMENT FÜR EINE STÄRKUNG DER INDUSTRIE IM KULTURSEKTOR EIN

Die spanische Ministerin für Kultur, Ángeles González-Sinde, hat am 26. Januar 2010 im Europäischen Parlament die Schwerpunkte der spanischen Ratspräsidentschaft im Kultursektor vorgestellt. Im Filmbereich regten die Abgeordneten an, das europäische Kino auch durch Unterstützung junger Regisseure, kleinere Kinos und Filmschulen zu fördern, um Kultur und Film in Europa v. a. im Vergleich zu Kulturprodukten aus den Vereinigten Staaten zu stärken.

<http://www.eu2010.es/en/documentosynoticias/noticias/gonzalezsindepe.html>